



An
Frau Bundesministerin
Mag.^a Beate Meinl-Reisinger
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A -1010 Wien

Wien, 23. April 2026

Betrifft: Gender & Budget für Entwicklungszusammenarbeit 2027/28

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Wir wenden uns an Sie mit dem dringenden Ersuchen, das Budget für entwicklungspolitische und internationale humanitäre Hilfe im Budget 2027/28 nicht weiter zu kürzen, sondern zumindest auf das Niveau von 2024 zu bringen.

Als Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven in der Entwicklungspolitik setzt sich WIDE seit vielen Jahren dafür ein, dass Frauen als Zielgruppe und Partner*innen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) anerkannt werden und ihre spezifischen Bedürfnisse, wie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, oder das Recht auf ein gewaltfreies Leben, in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe berücksichtigt werden.

Vieles ist in den letzten Jahren gelungen, so ein expliziter Fokus auf Geschlechtergleichstellung in der Entwicklungszusammenarbeit von NGOs in afrikanischen Partner-Ländern.

Budgetkürzungen bringen erfahrungsgemäß tiefe Einschnitte bei den gleichstellungsorientierten Programmen und Projekten mit sich. Als Beispiel möchten wir die Sparpolitik im Gefolge der Finanzkrise 2008/09 nennen, wo es zu massiven Kürzungen kam, die überproportional EZA-Projekte mit Geschlechtergleichstellungskomponenten betrafen. So fiel der Gender-Mainstreaming-Anteil bei von der Austrian Development Agency (ADA) geförderten Projekten und Programmen von 72% im Jahr 2009 auf 55% 2010 und blieb in den Folgejahren niedrig; erst 2016 wurde wieder das Niveau von 2009 erreicht. Der Anteil von Maßnahmen mit spezifischen Gleichstellungszielen sank parallel dazu zwischen 2011 und 2017 auf unter 10% ab und verbesserte sich erst ab 2018 substantziell (vgl. ODA-Berichte auf www.entwicklung.at).

Die multiplen Krisen treffen vulnerable Bevölkerungsgruppen, darunter überwiegend Frauen*, die oft auch aufgrund anderer Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit oder Behinderungen diskriminiert werden, im Globalen Süden am härtesten – angefangen bei der Klimakrise, Kriegen und Vertreibungen bis zur aktuellen Energiekrise, die in kürzester Zeit zu enormen Preissteigerungen bei Lebensmitteln im Globalen Süden geführt hat und weiterhin führen wird. In jeder Krisensituation nimmt auch geschlechtsspezifische Gewalt zu – das ist eine langjährige internationale Erfahrung von Frauenorganisationen.

Während (zu Recht) eine hohe Aufmerksamkeit für die Situation in der Ukraine besteht, ist die Unterstützung für die eigentlichen Schwerpunktländer und -regionen der österreichischen

Entwicklungszusammenarbeit geringer. Die internationale Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Teil aktiver Friedensarbeit und relevant für die globale Sicherheit. In Zeiten der Schwächung multilateraler Strukturen durch einzelne Akteure wie die USA ist sie ein Zeichen für Menschenrechte und gegenseitige Hilfe.

Unterlassene Hilfe kommt zurück wie ein Bumerang!

Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit schwächen genau jene zivilgesellschaftlichen (und öffentlichen) Akteur*innen, die sich für Demokratie und die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen* und Mädchen einsetzen. Sie betreffen Frauenorganisationen, die sich gegen genderspezifische Gewalt engagieren, sich für Frieden einsetzen, Menschenrechte verteidigen und für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte insbesondere auch für Mädchen eintreten.

Durch Mittel-Kürzungen werden die in vielen Jahren aufgebauten Strukturen – in Österreich und in den Partnerländern – geschwächt; dabei geht auch wertvolle Expertise und Vertrauen verloren.

Wir wissen, dass Ihnen als Außenministerin und der Bundesregierung das Thema Geschlechtergleichstellung sehr wichtig ist. Wir fordern Sie deshalb dazu auf, sich in der konkreten Ausgestaltung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (im Zusammenspiel mit der ADA) für die Umsetzung des Ziels des „EU Gender Action Plan III“ einzusetzen. Dieses sieht vor, dass 85% der bilateralen, gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit Gender-Mainstreaming verfolgt. Darüber hinaus ist es eine Forderung von WIDE – gemeinsam mit der AG Globale Verantwortung und dem europäischen Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer NGOs, CONCORD –, dass 20% der Mittel spezifisch für Gleichstellungsvorhaben gewidmet werden.

Es ist strategisch wichtig, im Zusammenspiel mit den anderen EU-Staaten und EU-Institutionen solidarisch zu handeln und einen Beitrag dazu zu leisten, dass internationale humanitäre Krisen bewältigt werden und friedliche, demokratische Verhältnisse geschaffen werden, in denen Frauen und Mädchen ihre Menschenrechte wahrnehmen und ausüben können.

Das Außenministerium sollte alles daransetzen, das Budget für Entwicklungszusammenarbeit und den Auslandskatastrophenfonds zumindest wieder auf das Niveau von 2024 zu bringen. Das bedeutet eine Dotierung von 139 Mio. EUR für die Austrian Development Agency und 80 Mio. für den Auslandskatastrophenfonds.

Wir fordern Sie dazu auf, in den Budgetverhandlungen für eine entsprechende Dotierung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und des Auslandskatastrophenfonds zu sorgen!

Mit freundlichen Grüßen



Sara Soltani, BA MA E.MA

WIDE-Obfrau



Mag.^a Claudia Thallmayer

WIDE-Koordinatorinnen



Mag.^a Janine Wurzer